

# SPD demokratischer pressediens

P. XXVIII/87

8. Mai 1973

Hoffnungen für einen Ausgleichs-Frieden

-----  
Zum 25. Jahrestag der Gründung des Staates  
Israel

Von Günther Metzger MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 35 Zeilen

"Union" hat keine politische Position

-----  
Noch ein weiter Weg zur wirksamen Opposition

Von Dr. Hans Apel

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Freiheit, die Schriftsteller meinen?

-----  
Zu einem Fehlurteil Hans Habes in Sachen  
PEN und VS

Von Dieter Lattmann MdB  
Vorsitzender des Verbandes deutscher Schrift-  
steller (VS)

Seite 4 und 5 / 50 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Hoffnungen für einen Ausgleichs-Frieden

Zum 25. Jahrestag der Gründung des Staates Israel

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vor 25 Jahren wurde der Staat Israel gegründet, nachdem die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 1947 mit qualifizierter Mehrheit die Teilung Palästinas beschlossen hatte. 33 Staaten - darunter die USA und Sowjetunion - sprachen sich für die Teilung aus, 13 Staaten stimmten dagegen, zehn enthielten sich der Stimme. Am 14. Mai 1948 endete die britische Mandatzeit über Palästina und erfolgte die Proklamation Israels durch Ben Curion. Noch am selben Tage erfolgte die Anerkennung durch die USA, einen Tag später durch die Sowjetunion. Am 25. Januar 1949 wurde das erste israelische Parlament gewählt, am 16. Februar 1949 folgte die Wahl Dr. Weizmanns zum ersten Präsidenten des Staates Israel.

Eine tausendjährige Sehnsucht der Juden in aller Welt ging in Erfüllung. Ein Volk, aus seiner Heimat vertrieben, immer verfolgt, geschunden, erniedrigt und zuletzt in den Gaskammern von Auschwitz und anderen Konzentrationslagern des Nazi-Deutschlands der "Endlösung zugeführt" - wie die makabre und zynische Sprachregelung der damaligen Machthaber hieß -, fand wieder eine Heimstatt. Das war nur möglich aufgrund der Kraft des jüdischen Glaubens.

Dieser 25. Jahrestag der Gründung Israels steht im Schatten ständiger Drohungen arabischer Nachbarstaaten, den Staat wieder liquidieren und seine Bürger vernichten zu wollen. Der Kampf um die Existenz, um das Überleben hat immer noch kein Ende gefunden. Es ist deshalb mehr als eine Pflicht, wenn die Bundesrepublik Deutschland und die sozialdemokratische Partei das Lebensrecht des jüdischen Volkes und des Staates Israel nicht in Frage stellen lassen.

Unsere guten Wünsche in diesen Tagen gelten in erster Linie den Menschen in diesem Land, die in 25 Jahren einen modernen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat geschaffen haben. Wir hoffen mit ihnen, daß die Bemühungen um den Ausbau und die Weiterentwicklung des Staates und um den friedlichen Ausgleich mit ihren arabischen Landsleuten und Nachbarn erfolgreich und dauerhaft sein werden. (-/8.5.1973/bgy/ja)

+ + +

"Union" hat keine politische Position

Noch ein weiter Weg zur wirksamen Opposition

Von Dr. Hans Apel MdB

Es ist reizvoll, wenn sich Vertreter der Bonner Regierungskoalition und der Opposition zwei Tage lang gemeinsam bemühen, Selbstverständnis, Aufgabe und Zukunft der Opposition in unserem Lande zu klären. Denn die Qualität unserer Demokratie ist auch abhängig von der Leistungsfähigkeit der Opposition. Die Regierungsparteien von heute wie die gegenwärtige Opposition sind nicht auf Dauer auf ihre Rollen fixiert. Die parlamentarische Demokratie wird ohne den möglichen Machtwechsel zu einer Farce.

Und dennoch hat die Tutzingener Akademie-Tagung keinen Konsensus darüber gebracht, wie Opposition heute zu verstehen ist. FDP und SPD sehen für unser Land eine Fülle von Problemen, die eine sachgerechte Lösung erfordern. Wir haben ein Defizit an progressiver Politik abzubauen. Dabei gibt es kein Monopol auf progressive Ideen für die eine oder die andere gesellschaftliche Gruppe oder Partei; auch ist nicht alles progressiv, was sich als solches deklariert. Denn Progressivität muß sich vor allem daran messen lassen, ob sie die Lösung aktueller und herausfordernder Probleme sachgerecht ermöglicht und ein Mehr an Freiheit und Gerechtigkeit sicherstellt.

Nach der in Tutzing geäußerten Meinung der die Koalition vertretenden Teilnehmer braucht unser Land einen Wettstreit der im Bundestag vertretenen Parteien um diese Politik. Es ist falsch, das als Aufforderung an die Opposition zu verstehen, "links zu überholen". Es ist vielmehr unsere Einsicht in die Notwendigkeit, von unterschiedlichen Standpunkten aus den fruchtbaren Dialog und demokratischen Streit um konstruktive Politik zu aktivieren. Dabei ist es gut für die Koalition, wenn die Opposition

ihren Beitrag leistet, denn "Wettbewerb belebt". Die gesellschaftspolitische Debatte findet zur Zeit weitgehend innerhalb der Koalition und ihren Parteigliederungen statt. Das muß und sollte nicht so bleiben.

Die in Tutzing anwesenden Vertreter der Opposition wollten dieser Sicht nicht beitreten. Sie gehen dabei augenscheinlich nicht nur von einem anderen Problembewußtsein unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit aus: Für sie leben wir weitgehend in einer heilen Welt. Sie gehen vor allem aber von einem anderen Parteienverständnis aus. Partei ist für sie vor allem Gruppierung zur politischen Patronage, zur Erwerbung von Macht und Ämtern. Und insofern scheint es für die Opposition naheliegend zu sein, auf die Chance zu "lauern", daß ihr die Macht in den Schoß fällt, ohne daß sie sich vorher auf tragfähige Positionen und Perspektiven in wesentlichen Fragen der Politik festzulegen braucht. Natürlich kann auf diese Weise der latent vorhandene politische Sprengstoff innerhalb der diversen "Unionen" auf personelle Querelen ohne inhaltliche Alternativen reduziert werden. Doch dem Wähler wird dann kein Beitrag der Opposition zu drängenden Fragen unserer Zeit vorgestellt, wie die U-Parteien endlich beginnen würden, ihre eigenen Probleme von Grund auf aufzuarbeiten.

Tutzing hat deutlich gemacht, daß die Opposition nach drei Jahren des 1969 vollzogenen demokratischen Wachwechsels ihren Weg und ihre Funktion in unserem parlamentarischen System noch nicht erkennt. Sie soll und sie muß danach streben, eines Tages in die Regierungsverantwortung zurückzukehren. Doch dazu bedarf es der politischen Position. Sie zu suchen, weigert sich die Opposition. Denn dem Verlust der Macht nachzuweinen und unsere unvollkommene gesellschaftliche Vergangenheit zu glorifizieren, ist zu wenig. Und so ist der Weg der U-Parteien zu einer wirksamen Opposition noch weit. Für die Sicherung und die Gestaltung unserer Zukunft liegt die Verantwortung ausschließlich bei den Koalitionsfraktionen.

(-/8.5.1973/ks/ee)

### Freiheit, die Schriftsteller meinen ?

Zu einem Fehlurteil Hans Habes in Sachen PEN und VS

Von Dieter Latzmann MdB

Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS)

Was ist geschehen? Über Agenturenfernschreiber liefen jüngst einige Meldungen, die darauf schließen lassen konnten, daß bei "den Schriftstellern" in Organisationsfragen Streit ausgebrochen sei, und am Ende sei gar die Meinungsfreiheit bei den schreibenden Bürgern der Republik nicht mehr beliebt. Aber Hans Habe und Rudolf Krämer-Badoni, die mit zwei wichtigen Beschlüssen des Schriftstellerverbandes und des PEN-Zentrums der Bundesrepublik nicht einverstanden waren und sich deswegen mit ein paar ebenfalls Unzufriedenen zusammentaten, sind nicht "die Schriftsteller".

So sehen die Tatsachen aus: Am 20. Januar 1973 hatte der zweite Schriftstellerkongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) mit über neunzigprozentiger Mehrheit der in Hamburg versammelten Delegierten und Mitglieder den Anschluß als VS-Fachgruppe an die IG Druck und Papier beschlossen. Der Abstimmung auf Bundesebene waren umfangreiche Diskussionen und eindeutige Beschlüsse der einzelnen Landesgruppen des Schriftstellerverbandes vorausgegangen, so daß es über die Sorgfalt und Klarheit der demokratischen Willensbildung nicht den geringsten Zweifel geben konnte - außer man wollte die Situation mißverstehen.

Dennoch hat eine Spaltergruppe, bestehend aus etwa 50 Autoren (gegenüber 3.000 im VS) mit Hilfe einiger publizistischer Organe das "Ende der literarischen Freiheit", das "Massengrab der Autoren" in der Gewerkschaft" und sogar das Gerücht von einer

"neuen Reichsschrifttumskammer" herbeigewittert. Die Sache wäre ihrer Absurdität wegen nicht der Rede wert, wenn die Denunzierungen nicht weitergingen. Die "Einigkeit der Einzelgänger", die der 1969 gegründete VS - der erste Gesamtverband der Schriftsteller in der Bundesrepublik - erreicht hat, ist zwar nicht in Gefahr, doch Habe, Krämer-Badoni und neuerdings auch Kubertus Prinz zu Löwenstein bemühen sich, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, sie allein besäßen den rechten Sinn für literarische Demokratie.

Um klare Verhältnisse zu schaffen, hat nun das PEN-Zentrum auf seiner Jahresversammlung Mitte April in Berlin beschlossen, die Mitgliedschaft im PEN sei - wegen der seltsamen Behauptungen jener Herren - unvereinbar mit der Mitgliedschaft in dem von Habe & Co ins Vereinsregister, wenn auch nicht ins Leben gerufenen "Freien deutschen Autorenverband". Es hat also nicht - wie manche offenbar gern möchten - den Anschein, als bähne sich unter Westdeutschlands Schriftstellern ein "Bruderzwist" an. Es haben sich lediglich diejenigen, die nicht zur Solidarität der Autoren in einer starken Gesamtorganisation bereit waren, vom Schriftstellerverband getrennt und einen Extraclub gemacht. Das sei ihnen unbenommen.

Im übrigen ist so etwas nichts Neues. Seit 1842, dem Gründungsjahr des ersten Autorenverbandes, geschah es in Deutschland viele Dutzendmal. Muß es deswegen dabei bleiben? Eine Wiederholung erscheint vielleicht Hans Habe angemessen. Das könnte man meinen, wenn man seine besorgten Kolumnen liest, die den Gegenstand leider zunehmend verfehlen. (~/8.5.1973/ks/va)